

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und seine Folgen für Deutschland beunruhigt die Bürger ebenso wie der teils erbitterte politische Kampf um den richtigen Umgang mit dem Klimawandel. In den USA beginnt der Wahlkampf und allem Anschein nach wird er ähnlich polarisieren, wie bereits vor vier Jahren. Diese Themen waren Anlass für Convoco-Gründerin Corinne Flick, das Gespräch mit dem Historiker Andreas Rödder zu suchen. Der Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz ist ein politischer Kopf, im Frühjahr 2022 wurde er von Friedrich Merz zum Leiter der Fachkommission „Wertefundament und Grundlagen der CDU“ berufen. Hier lesen Sie einen Auszug aus dem Gespräch zwischen Frau Dr. Flick und Herrn Professor Rödder:



INTERVIEW VON CORINNE M. FLICK

Sie sehen das westliche Gesellschaftsmodell von innen und von außen in Frage gestellt. Warum?

Die äußere Herausforderung zeigt sich in Form eines neuen Systemkonflikts: zwischen den Autokratien des globalen Ostens – Russland, China, auch Iran – auf der einen Seite und Demokratien des globalen Westens auf der anderen. Diese Situation kennen wir grundsätzlich aus der Zeit des Ost-West-Konflikts zwischen 1946/47 und 1989/91, auch wenn die heutige Konstellation eine andere ist.

Gleichzeitig erleben wir innerhalb der westlichen Demokratien eine Polarisierung. Diese geht, vereinfacht gesagt, auf die links-grüne Revolution der 70er und 80er Jahre zurück, auf die Friedensbewegung, die Anti-AKW-Bewegung, die Umweltbewegung und die Gründung der grünen Parteien. Heute setzt sich diese Entwicklung in der Klimabewegung und Identitätspolitik fort und ist vor allem in den akademischen Mittelschichten und kosmopolitischen Eliten anzutreffen. Dem gegenüber stehen die rechtspopulistischen Gegenrevolutionen seit den 90er Jahren, von der FPÖ über UKIP, Marine Le Pen und Donald Trump bis zur AfD in Deutschland.

Sind Sie beunruhigt?

Ja, über diese Polarisierung bin ich deshalb beunruhigt, weil zwischen den links-grünen und rechtspopulistischen Bewegungen die bürgerliche Mitte gefragt wäre. Von dieser habe ich aber nicht den Eindruck, dass sie die Konzepte und Antworten bieten kann, die Menschen daran hindern, in die Extreme abzuwandern.

Welche Systeme bilden die westliche Welt und welche sehen sie in Gefahr?

Den Kern des westlichen Gesellschaftssystems bilden für mich der Rechtsstaat und die offene Gesellschaft, die liberale Demokratie und die Marktwirtschaft. Auf all diesen Ebenen erleben wir Herausforderungen.

Beginnen wir mit dem Rechtsstaat: Wer sagt, der Staat könne seine Grenzen nicht schützen, gibt eine seiner zentralen Funktionen auf, die im Schutz von Humanität und Ordnung liegen.

Zugleich erleben wir immer wieder Defizite im Vollzug. Wenn Bürgerinnen und Bürger den Eindruck haben, dass jede Tempoüberschreitung geahndet wird, während Clans Parallelgesellschaften aufbauen, die sich den staatlichen Autoritäten entziehen, dann geht das auf Kosten der Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats.

Gegenüber der offenen Gesellschaft sind Tendenzen hin zu einer geschlossenen Gesellschaft zu beobachten, die mit der angesprochenen Polarisierung zusammenhängen. Auf der linken Seite zeigt sich das in einer Cancel Culture, die Meinungen aus dem öffentlichen Diskurs auszugrenzen versucht, während die rechte Seite Trugbilder einer homogenen, paradiesischen Vergangenheit kultiviert.

In Bezug auf die Demokratie erleben wir eine Infragestellung der Legitimität ihrer Institutionen. Vertreter der „Letzten Generation“ sagen, die Demokratie sei nicht in der Lage, klimapolitische Probleme zu lösen, während rechtspopulistische Kräfte in den USA das Kapitol stürmten.

Was schließlich die Marktwirtschaft angeht, so herrschen gerade in Deutschland Formen der staatlichen Überregulierung, die auf Kosten von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft gehen.

Diese Problemlage sieht in anderen Ländern des Westens ähnlich aus, oder?

Ja. Länder sind zwar in unterschiedlichem Maße betroffen und reagieren politisch anders auf diese Probleme, letztlich aber weisen die Herausforderungen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Insofern haben wir es mit einer Herausforderung des gesamten westlichen Gesellschaftsmodells zu tun und nicht nur mit nationalen Problemen einzelner Gesellschaften. Dennoch müssen sie zunächst jeweils national adressiert werden.

Ist das westliche liberale System heute noch wandelbar?

Wandel und Veränderung sind die eigentliche Stärke der westlichen Gesellschaften. Der Westen hat immer wieder die Fähigkeit zur Selbstreflexion und Selbstkorrektur gezeigt, von der Sklaverei bis zum sauren Regen der 80er Jahre. Daher gibt es für mich keinen Grund für Defätismus. Gleichzeitig ist die Geschichte des Westens, der seinen Heraus-

forderungen hat begegnen können, aber keine Garantie für die Zukunft.

Wir haben in den letzten Jahren eine Kette an Krisen erlebt. Finden wir zur Normalität zurück?

Seit den 2010er Jahren haben wir eine besondere Häufung an Krisen erlebt. Trotzdem würde ich sagen, dass Normalität eine historische Chimäre ist, die wir aus der Rückschau sehen. Aus der Nahperspektive sind Zeitgenossen fast immer der Meinung, dass sie gerade eine Krise erleben. Nehmen sie die 60er Jahre. Aus heutiger Perspektive sind das eigentlich gute Zeiten ungebremsten Wachstums. In der Wahrnehmung der Zeitgenossen standen die 60er Jahre aber unter dem Eindruck der Kubakrise und in Deutschland unter dem Eindruck der ersten Rezession von 1966/67. Über diese Rezession können wir heute nur müde schmunzeln, aber das wurde als schwere Krise wahrgenommen. In den 70er Jahren, die in der Rückschau fast paradiesisch wirken, haben wir den deutschen Herbst, den Terrorismus von 1977. Heute würden wir sagen, dass die Gefährdung der gesamten Gesellschaft, des Staates und des politischen Systems bei weitem nicht so dramatisch war, wie das die Zeitgenossen 1977 gedacht haben. 1979 folgte der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, der NATO-Doppelbeschluss und die nächste Rezession. In den 80er Jahren, die von heute aus gesehen vielleicht noch paradiesischer erscheinen, hat das ganze Land von der „Risikogesellschaft“ gesprochen. Und auch wenn man in den 90er Jahren optimistisch an das „Ende der Geschichte“ glaubte, war man in Deutschland schnell der Meinung, dass die Wiedervereinigung misslungen sei und die innere Einheit ausbleibe. Zusätzlich wurde Europa durch die Balkankriege erschüttert. Die Frage nach der Normalität ist also immer schwierig. Normalität besteht letztlich aus bzw. in Krisen. Die Geschichte ist offen, und wir sollten uns darauf vorbereiten, dass Krisen immer vor uns liegen.

Hat die schnelle Abfolge der letzten Krisen das System aber nicht doch mehr als üblich aus dem Gleichgewicht gebracht?

Zwei Entwicklungen sind in der Tat bedenklich. Auf der einen Seite haben gerade die Euro-Schuldenkrise und die Pandemie eine Tendenz zum Regieren durch die Exekutiven gezeigt. Man kann dem natürlich entgegenhalten, dass das im Krisenfall anders nicht möglich ist. Aber von der Euro-Rettungspolitik bis hin zur vergemeinschafteten Schuldenaufnahme durch den Next Generation EU-Pakt erleben wir, dass sich staatliches Regieren auf europäischer Ebene verselbstständigt hat.

In der Pandemie haben wir das gleiche dann auf nationaler Ebene erlebt. Die Pandemie hat zudem eine erstaunlich weitreichende Bereitschaft zutage gefördert, staatliche Einschränkungen hinzunehmen. Die entscheidende Frage war dabei immer, ob die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt. Aber wenn wir zum Beispiel an den sozialen Ausschluss von Ungeimpften denken, dann zeigt sich für mich eine sehr bedenkliche Bereitschaft der

Gesellschaft, Einschränkungen von Freiheitsrechten zu tolerieren. Noch entscheidender ist, dass diese Bereitschaft der Freiheitseinschränkung zugunsten eines höheren Guts eine Blaupause für die Klimapolitik sein kann und in den Augen vieler auch sein soll. Das erfüllt mich mit Sorge.

Stehen wir angesichts des Klimawandels vor einem Paradigmenwechsel in der Bundesrepublik?

Der Klimawandel ist ein reales Phänomen und im selben Moment ist er auch Gegenstand von politischen Aushandlungsprozessen. Ich will in diesem Zusammenhang kritisch anmerken, dass gerade auf Seiten der Klimabewegung eine Attitüde vorherrscht, die höhere Einsicht für sich in Anspruch zu nehmen und mit staatlicher Autorität durchsetzen zu wollen. Wenn das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung mit Hans Joachim Schellnhuber Ideen kolportiert, dass jeder Bürger ein CO₂-Emissionsbudget pro Jahr bekommen soll (das übrigens weit unter dem liegt, was jede und jeder von uns im Moment jährlich verbraucht), dann hat das nicht nur hochgradig regulatorische, sondern auch sozial-disziplinäre oder geradezu totalitäre Züge. Mich beunruhigt auch, dass sich das mit Ideen der Identitätspolitik verbindet, die mit der Klimabewegung sowohl ideell als auch personell eng verbunden ist. Hier werden neuständische Elemente einer Gesellschaft vertreten, deren Vielfalt nicht mehr aus der unterschiedlichen Entfaltung der Individuen entsteht, sondern aus der quotierten Repräsentation von Herkunftsmerkmalen.

Wenn wir diese Entwicklung Ihrer Frage zugrunde legen, erleben wir tatsächlich einen Paradigmenwechsel nach klimapolitischen und identitätspolitischen Vorstellungen. Die Frage ist, ob sich das durchsetzt. Meine Vermutung ist, dass im selben Zuge auch die Gegenbewegungen stärker werden und die Polarisierung, von der wir bereits gesprochen haben, weiter zunehmen wird. Oder aber es gelingt der bürgerlichen Mitte, dem eine Alternative entgegenzusetzen. Im konkreten Fall heißt das zum Beispiel eine Klimapolitik zu vertreten, die globale Wirkung und Kosteneffizienz beinhaltet. Dann kann man feststellen: Klimaschutz ist überhaupt nicht so problematisch, wenn man die richtigen Instrumente einsetzt. Schlagworte sind in diesem Zusammenhang Kernenergie, Carbon Capture und in Deutschland auch Fracking, jedenfalls nach deutschen und nicht nach amerikanischen Standards. Die Diskussion, wie man effizienten Klimaschutz leistet, ohne Wohlstand und Freiheit zu gefährden, sollten wir nicht moralisieren.

Wie wird die Welt in zehn Jahren aussehen?

Hätte ich im Jahr 2013 damit gerechnet, dass wir innerhalb des nächsten Jahrzehnts eine Migrationskrise, den Brexit, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, eine Pandemie und Russlands Einmarsch in die Ukraine erleben würden? Also, meine Fantasie hätte das komplett überfordert. Deswegen gilt die dringende Notwendigkeit zu erkennen, dass die Zukunft doppelt anders wird: Sie wird ganz anders als die Gegenwart – und sie wird ganz anders, als wir sie uns heute vorstellen. ■



Vordenker
Der Historiker Andreas Rödder ist Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Seit 2021 leitet er die 56-Jährige des konservativen Think Tank Republik21

„Wir sollten Klimaschutz nicht moralisieren“

Die Gründerin der Convoco-Stiftung spricht regelmäßig mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Diese Woche mit Historiker **Andreas Rödder** über multiple Krisen und die Gefahr einer totalitären Klimapolitik



Was ist CONVOCO?

Die Convoco-Stiftung bietet unterschiedliche Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln: Es gibt Lectures in Berlin und London, eine Konferenz (das

Convoco-Forum) in Salzburg. Im Convoco-Podcast spricht Corinne Flick, Gründerin und Vorstand der Stiftung, alle zwei Wochen mit wichtigen Vertretern der Gesellschaft. Das aktuelle Gespräch lässt sich hier hören:



Fotos: xxxxxx/FOCUS-Magazin Bxxxxx xxxxx

Fotos: xxxxxx/FOCUS-Magazin Bxxxxx xxxxx